

22.12.2022

Kassenärztliche Vereinigung Sachsen sorgt für Diskriminierung und Ausgrenzung

LSVD kritisiert Äußerungen des KVS-Vorsitzenden Heckemann und fordert von Staatsministerin Köpping klare Haltung gegen transfeindliche Äußerungen

*Chemnitz, 22. Dezember 2022. In der Dezember-Mitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen (KVS) [https://www.kvs-sachsen.de/fileadmin/data/kvs/img/Mitglieder/KVS-Mitteilungen/2022-12/kvsm2022-12_web.pdf] behauptet der Vorstandsvorsitzende der Vereinigung, Dr. Klaus Heckemann, unter anderem, es sei „eine Ideologiegetriebenheit zu beobachten, die zuweilen auch pseudoreligiöse Züge annimmt“. Dann führt Dr. Heckemann die „Genderproblematik“ an, bei der „[...] gegen den erklärten Willen der Mehrheit (auch der Frauen!) über Sprache das Denken manipuliert werden soll“. Dazu erklärt **Sabine Ostrowicki aus dem Vorstand des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) Sachsen:***

Die Aussagen des Vorstandsvorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen (KVS) lassen uns am Sachverstand von Dr. Klaus Heckemann zweifeln. Die Frage der geschlechtlichen Selbstbestimmung für trans*, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen hat nichts mit „Ideologiegetriebenheit“ und „Manipulation“ zu tun. Die Äußerungen von Dr. Klaus Heckemann sind nicht nur unangemessen, sondern im gleichen Maße auch gefährlich. Angst vor Diskriminierung und mangelndes Fachwissen können für Lesben, Schwule, Bisexuelle und vor allem auch für trans- und intergeschlechtliche sowie nichtbinäre Menschen ein Grund sein, wichtige medizinische Vorsorgeangebote nicht wahrzunehmen oder in Praxen die eigene sexuelle Orientierung bzw. geschlechtliche Identität zu verbergen. Das wirkt sich negativ auf die Gesundheitsversorgung aus. Diskriminierung, sozialer Druck und Minderheitenstress machen krank und führen zu einem schlechteren gesundheitlichen Befinden.

Wenn Dr. Klaus Heckemann seine Kolleg*innen in Praxen und Krankenhäusern aufruft, den von ihm propagierten „Auswüchsen des Zeitgeistes“ mutig entgegenzutreten, legitimiert er damit auch Diskriminierung und Ausgrenzung von LSBTIQ* im Gesundheitsbereich.

Die KVS ist eine Institution des öffentlichen Rechtes und sollte sich aufgrund ihrer Aufgabe der Gesundheitsversorgung eher für den Dialog über gesundheitliche Risiken und Bedürfnissen trans-, intergeschlechtlicher und nichtbinärer Personen stark machen. Wenn der Vorstandsvorsitzende weniger subjektive, ideologische Äußerungen tätigen und vielmehr mitwirken würde, im Gesundheitssystem in Sachsen die physische und seelische Gesundheit von trans-, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen zu verbessern, wäre das ein echter Mehrwert.

Seit 2017 hat das Land Sachsen einen „Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen“. Im Bereich „Gesundheit, Alter und Pflege“ hat es sich die Sächsische Landesregierung auf die Fahnen geschrieben, einen Dialog zwischen der Sächsischen Landesärztekammer, der Kassenärztlichen Vereinigung und Vertreter*innen von trans*- und Intergeschlechtlichen Menschen in Sachsen über die Verbesserung der medizinischen Versorgung anzuregen. Wir rufen daher die zuständige Staatsministerin für Soziales

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Petra Köpping, auf, sich von den Aussagen des Vorstandsvorsitzenden der KVS zu distanzieren und deutlich zu machen, dass die Frage der geschlechtlichen Selbstbestimmung auch in Sachsen keine Frage von „Ideologie“ oder „Genderproblematik“ ist, sondern eine Frage von Grund- und Menschenrechten.

Weiterlesen

- Offener Brief an die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen der LAG Queeres Netzwerk Sachsen e. V. [<https://www.queeres-netzwerk-sachsen.de/app/download/7691439751/Reaktion%20der%20LAG%20Queeres%20Netzwerk%20Sachsen%20zur%20KVS%20Mitteilung%2012%2022.pdf?t=1671633761>]

Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.